

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 50

11. Juni

1915

Bekanntmachung

betr. Aenderung der Postordnung vom 20. März 1900.
Vom 22. Mai 1915.

Auf Grund des § 50 des Gesetzes über das Postwesen vom 28. Oktober 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 347) und des § 3 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Erleichterung des Wechselprotests, vom 30. Mai 1908 (Reichs-Gesetzbl. S. 321), sowie auf Grund der beiden Bekanntmachungen des Bundesrats vom 17. Mai 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 284), betreffend Aufhebung der für die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts angeordneten dreißigtägigen Verlängerung und betreffend die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., wird der § 18 a „Postprotest“ der Postordnung vom 20. März 1900 wie folgt geändert.

1. Unter V ist zu setzen

A. statt des mit den Worten „Ist die Zahlung der Wechselsumme nicht zu erlangen usw.“ beginnenden Absatzes — Bekanntmachung vom 27. September 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 419) —:

Ist die Zahlung der Wechselsumme nicht zu erlangen, oder bleibt der Versuch, den Postauftrag vorzuzeigen, erfolglos, so wird der Postauftrag bei der Postanstalt zur Einlösung bereit gehalten. Erfolgt die Einlösung nicht, so wird der Wechsel mit dem Postauftrag nochmals zur Zahlung vorgezeigt:

- a) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit bis einschließlich 27. Mai 1915 eintritt, am dreißigtägigen Tage nach Ablauf der Protestfrist des Art. 41 Abs. 2 der Wechselordnung;
- b) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 28. Mai 1915 bis einschließlich 28. Juni 1915 eintritt, am 30. Juni 1915;
- c) wenn der Zahlungstag des Wechsels am 29. Juni 1915 oder später eintritt, am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage.

bleibt die zweite Vorzeigung oder der Versuch zu dieser erfolglos, so wird gegen die im Postauftrage bezeichnete Person Protest nach den Vorschriften der Wechselordnung erhoben.

B. statt des mit den Worten „Postprotestaufträge mit Wechseln, die in Elsaß-Lothringen, in der Provinz Ostpreußen usw.“ beginnenden und des folgenden Absatzes — Bekanntmachung vom 16. März 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 153) —:

I. Postprotestaufträge mit Wechseln, die in Elsaß-Lothringen oder in Ostpreußen in den Regierungsbezirken Allenstein und Gumbinnen, sowie in den Kreisen Gerdauen und Memel zahlbar sind, oder mit solchen in anderen Teilen Ostpreußens oder im Stadtkreise Danzig zahlbaren gezogenen Wechseln, die als Wohnort des Bezogenen einen Ort angeben, der in einem der bezeichneten Teile Ostpreußens (Regierungsbezirke Allenstein und Gumbinnen, Kreise Gerdauen und Memel) liegt, werden erst an folgenden Tagen nochmals zur Zahlung vorgezeigt:

- a) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 30. Juli 1914 bis einschließlich 29. Juli 1915 eingetreten ist, am 31. Juli 1915;
- b) wenn der Zahlungstag des Wechsels am 30. Juli 1915 oder später eintritt, am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage.

II. Postprotestaufträge mit Wechseln, die in den westpreussischen Kreisen Marienburg, Elbing Stadt und Land, Stuhm, Marienwerder, Rosenberg, Graudenz Stadt und Land, Labiau, Culm, Briesen, Strassburg, Thorn Stadt und Land zahlbar sind, oder mit solchen im Stadtkreise Danzig zahlbaren gezogenen Wechseln, die als Wohnort des Bezogenen einen Ort angeben, der in einem dieser westpreussischen Kreise liegt, werden erst an folgenden Tagen nochmals zur Zahlung vorgezeigt:

- a) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 30. Juli 1914 bis einschließlich 29. April 1915 eingetreten ist, am 31. Mai 1915;
- b) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 30. April 1915 bis einschließlich 27. Mai 1915 eintritt, am dreißigtägigen Tage nach Ablauf der Protestfrist des Art. 41 Abs. 2 der Wechselordnung;
- c) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 28. Mai 1915 bis einschließlich 28. Juni 1915 eintritt, am 30. Juni 1915;
- d) wenn der Zahlungstag des Wechsels am 29. Juni 1915 oder später eintritt, am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage.

Dasselbe gilt von Postprotestaufträgen mit Wechseln, die in den ostpreussischen Kreisen Braunsberg, Fischhausen, Friedland, Heiligenbeil, Heilsberg, Königsberg Stadt und Land, Labiau, Mohrungen, Pr.-Eulau, Pr.-Holland, Neidenburg und Wehlau zahlbar sind, soweit sie nicht unter BI fallen, oder mit solchen im Stadtkreise Danzig zahlbaren gezogenen Wechseln, die als Wohnort des

Bezogenen einen Ort angeben, der in einem dieser ostpreussischen Kreise liegt.

Als Zahlungstag — für A und B — gilt der Fälligkeitstag des Wechsels, oder, wenn dieser ein Sonn- oder Feiertag ist, der nächste Werktag. Fällt der Schlußtag der Frist zur Vorzeigung des Wechsels auf einen Sonn- oder Feiertag, so wird der Wechsel am nächsten Werktag zur Zahlung vorgezeigt. Die Postverwaltung behält sich vor, die Vorzeigung der Wechsel, deren Protestfrist am 31. Mai oder am 30. Juni oder am 31. Juli 1915 abläuft, auf mehrere vorhergehenden Tage zu verteilen.

2. Die Aenderungen treten sofort in Kraft.

Berlin, den 22. Mai 1915.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Kraetke.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot 1. der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver usw., 2. der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen, 3. der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln, 4. der Ausfuhr von Kraftfahrzeugen und von Mineralrohstoffen, Steinflohten und allen aus diesen hergestellten Dingen, 5. der Ausfuhr und Durchfuhr von Verband- und Arzneimitteln usw., 6. der Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen, 7. der Ausfuhr und Durchfuhr von Eisenbahnmateriale aller Art, von Telegraphen- und Fernsprengerät usw., bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

I. Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von:

Wisch- und Knetmaschinen,
Eisenbahnradreifen und Teilen davon.

II. Das in der Bekanntmachung vom 16. November 1914 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 271 vom 17. November 1914) enthaltene Verbot der Aus- und Durchfuhr von:

Maskinen zur Anfertigung von Feld- und Armeekabeln wird ausgedehnt auf:

Maskinen zur Anfertigung von isolierten Leitungen und Kabeln aller Art.

Berlin, den 29. Mai 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Deibbrand.

XVIII. Armeekorps

Stellvertretendes Generalkommando

Nr. III b L.-Nr. 11 089/4967.

Frankfurt (Main), den 27. Mai 1915.

Betr.: Verbot der Verbreitung der Resolutionen des Internationalen Frauenkongresses im Haag.

Auf Grund § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 wird jede Art der Verbreitung und Verbreitung der Resolutionen des Internationalen Frauenkongresses im Haag, 28.—30. April 1915, sowie jede öffentliche Erörterung dieser Resolutionen für die Dauer des Kriegszustandes im Bezirke des 18. Armeekorps mit Ausnahme des Befehlsbereichs der Festungen Mainz und Coblenz verboten.

Unwiderrückliche Verhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Mitteilungen der Rohmaterialstelle des Landwirtschaftsministeriums.

Einigung über die Preise für Superphosphatmehl und Ammonial-Superphosphat für die Zeit bis 31. Oktober 1915.

Im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten fanden am 5. Mai 1915 Verhandlungen zwischen Vertretern der Düngersfabriken und der landwirtschaftlichen Körperschaften statt, die eine Einigung über die Preise von Superphosphaten und Ammonial-Superphosphaten für die nächsten Monate bis zum 31. Oktober 1915 herbeiführten.

Der Mangel an geeigneten Rohmaterialien sowie die den Fabriken zur Verfügung stehenden, wesentlich verringerten Arbeitskräfte ließen es im allgemeinen Interesse wünschenswert erscheinen, die Herstellung von Mischdüngern auf zwei Sorten zu beschränken. Man verständigte sich dahin, daß die Sorten 5:8 und 4:12 (5 bzw. 4 % Stickstoff und 8 bzw. 12 % wasserlösliche Phosphorsäure) von den Fabriken hergestellt werden.

Als Verbraucherpreise wurden festgesetzt:

	Für reine Superphosphate		Für Ammonial-Superphosphat 5:8 und 4:12 nach Verkäufers Wahl	
	16 % und darüber	14 bis 15 %		
Pommern	24 1/2 %	25 1/2 %	7,20	Basis waggonfrei Stettin.
Westpreußen	25 1/2 %	26 1/2 %	7,30	Basis waggonfrei Danzig oder Reusfahrwasser nach Verkäufers Wahl.
Brandenburg Ost.	25 1/2 %	26 1/2 %	7,30	frachtfrei Vollbahnstation.
Ostpreußen	25 1/2 %	27 %	7,30	Basis waggonfrei Königsberg oder Memel nach Verkäufers Wahl.
Schlesien, Vosen	26 1/2 %	27 1/2 %	7,35	frachtfrei Vollbahnstation.
Das übrige deutsche Gebiet ausschließlich Süddeutschland	26 1/2 %	27 1/2 %	7,40	frachtfrei Vollbahnstation.

Die Preise verstehen sich sämtlich für lose verladene Ware bei einmaligem Bezug von mindestens 10 000 kg, und zwar für das Hundprozent wasserlösliche Phosphorsäure in reinen Superphosphaten, resp. für 50 kg in Ammonial-Superphosphaten. Bei Lieferung von Mengen unter 10 000 kg können auf sämtliche vorstehende Preise je 25 Btg. für 50 kg mehr gefordert werden. Soweit die Ware in Säcken geliefert werden kann, verstehen sich die vorstehenden Preise brutto für netto, in Verpackungen mit einem Aufschlag von je 50 Btg. für 50 kg, in Käuferfäden nach Vereinbarung. Die Probenahme erfolgt bei loser Verladung auf dem Lieferwerk, bei Verladung in Säcken auf der Empfangsstation wie bisher, die Gewichtsfeststellung nur auf dem Lieferwerk.

Bei Barzahlung ist der übliche Skonto wie bisher zu gewähren. Ware darf wegen Mindergehalts an Nährstoffen nicht zurückgewiesen werden; es findet vielmehr nur einfache Vergütung des ordnungsmäßig nachzuweisenden Mindergehaltes statt, unter Berücksichtigung der Latitüdebestimmungen.

Die Fabriken in Süddeutschland haben die Erklärung abgegeben, daß der Verkauf von Superphosphaten und Ammonial-Superphosphaten in ihrem Gebiet auf der gleichen Grundlage auch bezüglich der Preise erfolgen soll.

Der Verkauf zu Preisen über den festgesetzten Verbraucherpreisen zieht für den Wiederverkäufer den Verlust des Anspruches auf weitere Belieferung nach sich und verpflichtet den Lieferanten, die Weiterlieferung einzustellen. Die Durchführung dieser Anordnung unterliegt der Kontrolle des Preussischen Landwirtschaftsministeriums.

Wiederholt wird den Landwirten empfohlen, die Herbstdüngemittel recht frühzeitig zu beziehen.

Berlin, den 7. Mai 1915.

Betr.: Ankauf grüner Japfen für die Samenklenganstalt Gammelsbach im J. 1914.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grobhh. Bürgermeisterien und Marktvorstände des Kreises.

Nach der vom Grobhh. Ministerium der Finanzen, Abteilung für Forst- und Kameralverwaltung, gefertigten Zusammenstellung der Holzamtslieferungen für die Kommunalwaldungen im Wirtschaftsjahr 1914 sind die nachstehenden Beträge alsbald an die zuständige Kassestelle zu bezahlen.

Zusammenstellung

des Erfolges wegen der Holzamen-Lieferungen aus der fiskalischen Samenklenganstalt Gammelsbach für die Kommunalwaldungen im Wirtschaftsjahr 1914. Rechnungsjahr 1914.

1. Gemeinde Rodheim an die Oberförsterei Bingenheim 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
2. Gemeinde Steinhelm an die Oberförsterei Bingenheim 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
3. Gemeinde Lang-Göns an die Oberförsterei Bubbach 2 Agr. Fichten 12 Mf. und 1 Agr. Kiefern 25 Mf. = 37 Mf.
4. Mark Bellersheim an die Oberförsterei Friedberg 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
5. Mark Bettenhausen an die Oberförsterei Friedberg 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
6. Mark Müschenheim an die Oberförsterei Friedberg 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
7. Gemeinde Alten-Buseck an die Oberförsterei Gießen 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
8. Gemeinde Annerod an die Oberförsterei Gießen 0,5 Agr. Fichten 3 Mf. und 0,5 Agr. Kiefern 12,50 Mf. = 15,50 Mf.
9. Gemeinde Gießen an die Oberförsterei Gießen 3 Agr. Fichten = 18 Mf.
10. Gemeinde Dollar an die Oberförsterei Gießen 0,5 Agr. Fichten = 3 Mf.
11. Gemeinde Rödgen an die Oberförsterei Gießen 0,5 Agr. Fichten = 3 Mf.
12. Gemeinde Rüttershausen an die Oberförsterei Gießen 0,5 Agr. Fichten = 3 Mf.

13. Gemeinde Biesfeld an die Oberförsterei Heßen 1 Agr. Fichten 6 Mf. und 0,5 Agr. Kiefern 12,50 = 18,50 Mf.
14. Gemeinde Bersrod an die Oberförsterei Grünberg 0,5 Agr. Fichten = 3 Mf.
15. Gemeinde Hattenrod an die Oberförsterei Grünberg 0,5 Agr. Fichten = 3 Mf.
16. Gemeinde Reistirchen an die Oberförsterei Grünberg 1,5 Agr. Fichten = 9 Mf.
17. Gemeinde Rüdtingshausen an die Oberförsterei Homberg 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
18. Gemeinde Lauter an die Oberförsterei Laubach 0,5 Agr. Fichten = 3 Mf.
19. Gemeinde Münster an die Oberförsterei Laubach 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
20. Gemeinde Nonnenroth an die Oberförsterei Laubach 2 Agr. Fichten = 12 Mf.
21. Gemeinde Röhges an die Oberförsterei Laubach 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
22. Gemeinde Billingen an die Oberförsterei Laubach 3 Agr. Fichten = 18 Mf.
23. Gemeinde Ettingshausen an die Oberförsterei Lich 2 Agr. Fichten = 12 Mf.
24. Gemeinde Sungen an die Oberförsterei Lich 2 Agr. Fichten 12 Mf. und 1 Agr. Kiefern 25 Mf. = 37 Mf.
25. Gemeinde Langsdorf an die Oberförsterei Lich 2 Agr. Fichten = 12 Mf.
26. Gemeinde Lich an die Oberförsterei Lich 3 Agr. Fichten = 18 Mf.
27. Gemeinde Niederbeßingen an die Oberförsterei Lich 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
28. Gemeinde Oberbeßingen an die Oberförsterei Lich 0,5 Agr. Fichten = 3 Mf.
29. Gemeinde Grünberg an die Oberförsterei Nieder-Ohmen 4 Agr. Fichten 24 Mf. und 2 Agr. Kiefern 50 Mf. = 74 Mf.
30. Gemeinde Albach an die Oberförsterei Schöffenberg 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
31. Gemeinde Großen-Vinben an die Oberförsterei Schöffenberg 1 Agr. Fichten 6 Mf. und 4 Agr. Kiefern 100 Mf. = 106 Mf.
32. Gemeinde Heßgestern an die Oberförsterei Schöffenberg 1 Agr. Fichten 6 Mf. und 2 Agr. Kiefern 50 Mf. = 56 Mf.
33. Gemeinde Steinbach an die Oberförsterei Schöffenberg 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
34. Mark Grünigen-Dorf-Güll an die Oberförsterei Schöffenberg 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
35. Gemeinde Alendorf a. Oda. an die Oberförsterei Treis a. Oda. 1 Agr. Fichten 6 Mf. und 1 Agr. Kiefern 25 Mf. = 31 Mf.
36. Gemeinde Alertshausen an die Oberförsterei Treis a. Oda. 0,25 Agr. Fichten = 1,50 Mf.
37. Gemeinde Beuern an die Oberförsterei Treis a. Oda. 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
38. Gemeinde Daurbringen an die Oberförsterei Treis a. Oda. 0,25 Agr. Fichten 1,50 Mf. und 1 Agr. Kiefern 25 Mf. = 26,50 Mf.
39. Gemeinde Geilshausen an die Oberförsterei Treis a. Oda. 1 Agr. Fichten 6 Mf. und 5 Agr. Kiefern 125 Mf. = 131 Mf.
40. Gemeinde Sondorf an die Oberförsterei Treis a. Oda. 1 Agr. Fichten = 6 Mf.
41. Gemeinde Staufenberg an die Oberförsterei Treis a. Oda. 1 Agr. Fichten 6 Mf. und 1 Agr. Kiefern 25 Mf. = 31 Mf.
42. Gemeinde Treis a. Oda. an die Oberförsterei Treis a. Oda. 0,5 Agr. Fichten = 3 Mf.
43. Gemeinde Mainlar an die Oberförsterei Treis a. Oda. 0,5 Agr. Fichten 3 Mf. und 1 Agr. Kiefern 25 Mf. = 28 Mf.

Sie wollen Ihren Rechnern hiernach Ausgabe-Anweisung erteilen.

Gießen, den 3. Juni 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Elektrische Ueberlandanlage; hier: Beschädigung der Leitungsanlagen.

An die Grobhh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Nach einer Mitteilung der Grobhh. Provinzialdirektion Oberhessen haben sich in letzter Zeit die mutwilligen Beschädigungen an den Ortsnetzen der Elektrischen Ueberlandanlage so gehäuft, daß die genannte Behörde gezwungen sein will, hiergegen einschneidendere Maßnahmen zu ergreifen. Insbesondere wurden die Transformatorstationen, die einen Bestandteil des Ortsnetzes bilden, in einer Art und Weise beschädigt, die es zweifeln macht, daß von seiten der Gemeindebehörden dem Schutze dieser Anlagen gegen mutwillige oder fahrlässige Beschädigungen und Zerstörungen wenig oder gar keine Aufmerksamkeit zugewendet wird. Die Nachteile solcher Beschädigungen bestehen nicht nur darin, daß mit erheblichem Geld-, Zeit- und Arbeitsaufwand die Beschädigungsstellen zu suchen sind und hierauf die schadhafte Teile ausgewechselt werden müssen, sondern auch in den verursachten Betriebsstörungen, die dann wieder zu Beschwerden der Gemeinden und der Stromabnehmer Anlaß geben.

